

ter Regelungen entstanden; einzelne Länder haben ein EPA unterzeichnet, andere Interimsabkommen, wieder andere gar nichts und doch behauptet die EU, Regelungen mit anderen Staaten würden auch für diese gelten. Durchgängig waren von ihrer Seite Druck und Erpressung im Spiel, die jeweiligen Methoden wechselten. Immer stand die Drohung im Raum, den privilegierten Zugang zum europäischen Markt zu verlieren. Gelegentlich wurde auch schon mal das Auslaufen der Entwicklungshilfe angekündigt. Und allemal wurden Widersprüche zwischen den afrikanischen Ländern ausgenutzt und angeheizt, insbesondere durch die ungleiche Behandlung von willigen und unwilligen Ländern.

Auch innerhalb einzelner Staaten haben die exportorientierten Wirtschaftsbereiche ein Interesse an den EPAs. Dabei sollte man nicht vergessen, dass es sich dabei in der Regel um ausländische Konzerne, oft aus der EU, handelt, die über einen entsprechend guten Zugang zu europäischen Administrationen verfügen. Trotzdem gibt es einige Länder, die sich weigern, EPAs zu unterschreiben. Ihren Widerstand zu stärken und auch in der EU eine Opposition gegen die für Afrika katastrophalen Abkommen aufzubauen, ist eine Voraussetzung dafür, dass die wirtschaftlichen Perspektiven auf dem Kontinent sich verbessern.

### EPAs – Aufklärung tut not

Wenn man die Eigenwerbung der Europäischen Union zu den EPAs anschaut, könnte man den Eindruck gewinnen, hier werde nur zum Besten aller Beteiligten gehandelt. Auch die Bundesregierung drängt darauf, dass die EPAs »erfolgreich abgeschlossen werden«. Und sie behauptet: »Diese zielen auf einen positiven Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung und re-

gionaler Integration in den Partnerländern ab«. Ist es möglich, dass es hier nur darum geht, die Öffentlichkeit zu täuschen, etwa um Absatzmärkte für die Überproduktion der hochsubventionierten industriellen Landwirtschaft zu öffnen? Oder ist der Blick auf die Ökonomie so verfestigt und ideologisch, dass die Akteur\*innen in EU und Bundesregierung tatsächlich glauben, Weltmarktintegration, Wettbewerb und Konkurrenz seien die einzigen Gestaltungsmittel einer sinnvollen Wirtschaftspolitik?

In der Öffentlichkeit ist die Sicht genauer. Selbst der Afrikabeauftragte der Bundesregierung hatte sich kritisch zu den EPAs geäußert und auch die Zahl entsprechender Pressestimmen nimmt zu. Dabei bringt es die Süddeutsche Zeitung vom 15. Oktober 2016 auf den Punkt: »Freihandel mit Afrika klingt fair, ist aber ungerecht.«

### EPAs – weitere Informationen

- ▶ Texte und Links zum Thema finden sich unter [www.attac.de/epas](http://www.attac.de/epas)
- ▶ 2015 organisierte Attac eine sehr erfolgreiche Stop-EPAs-Tour mit ReferentInnen aus Afrika. Berichte, Videos etc. gibt es unter [www.attac.de/epas-tour](http://www.attac.de/epas-tour)
- ▶ Für aktuelle Infos zu unseren Freihandelsprotesten: auf der Webseite in unseren Newsletter eintragen und uns auf Facebook folgen: [www.facebook.com/attactip](https://www.facebook.com/attactip)

Weitere Infos und Möglichkeiten, aktiv zu werden, unter [www.attac.de/epas](http://www.attac.de/epas)



Politisches Engagement kostet Zeit und Geld – bitte unterstützen Sie uns mit einer Spende!

Attac Trägerverein e. V.

BIC: GENODEM1 GLS

IBAN: DE57 43060967 0800100800

Konto-Nr.: 800 100 800

BLZ: 43060967

GLS Gemeinschaftsbank

V.i.S.d.P.: K. Schulze, Attac Deutschland, Münchener Str. 48, 60329 Frankfurt/M.

# KONZERNE PROFITIEREN, MENSCHEN VERLIEREN



Wirtschaftspartnerschaftsabkommen EPAs  
Wie die EU-Handelspolitik Afrika auspresst



## Was sind EPAs?

»Wirtschaftspartnerschaftsabkommen« (*Economic Partnership Agreements – EPAs*) nennt die Europäische Union Verträge mit Ländern im afrikanischen, karibischen und pazifischen Raum, den sogenannten AKP-Staaten. Verhandelt wird darüber gegenwärtig mit afrikanischen Staaten, für die Karibik ist ein Abkommen in Kraft. Die betroffenen Länder waren fast alle einmal europäische Kolonien und hatten über lange Zeit besondere Wirtschaftsbeziehungen zur EU. Diese erlaubten ihnen den Zugang zum europäischen Markt, während sie Importe von Industriegütern gar nicht und von landwirtschaftlichen Produkten nur zum Teil zulassen mussten.

Bei dieser Regelung handelte es sich keineswegs um eine Anerkennung einer ausgleichenden Schuld aus der Kolonialzeit, sondern um eine spezielle Form der Entwicklungshilfe. Diese erlaubt es den Industrieländern, unter bestimmten Voraussetzungen den sogenannten Entwicklungsländern für genau definierte Güter einen mengenmäßig begrenzten Zollvorteil einzuräumen. Es ist jedoch jederzeit möglich, Produkte, die auch in den Industrieländern konkurrenzfähig wären oder werden könnten, von den Vorteilen wieder auszunehmen. Aber auch mit diesen Vorteilen soll nun Schluss sein. Im Jahr 2000 wurden Verhandlungen über neue Verträge, eben die erwähnten EPAs, vereinbart, seit 2002 drängt die EU massiv auf ihren Abschluss. Mehrfach hatte sie Ultimaten gestellt, zuletzt für Oktober 2016. Sie sollen die bisherigen asymmetrischen Handelsbeziehungen durch für beide Seiten gleiche ersetzen.

Das betrifft in Afrika 14 Länder mit mittlerem Durchschnittseinkommen (MDC). Für die ärmsten Länder (LDC), davon 34 in Afrika, gilt weiterhin die bevorzugte Marktzugangsregel, dass sie »alles außer Waffen« zollfrei in die EU exportieren können. Was gut klingt, ist tatsächlich meist bedeutungslos, da diese Staaten ohnehin keine nennenswerten Exportgüter außer Rohstoffen haben. Mit den EPAs wären auch diese Länder gezwungen, ihre Märkte für Produkte aus der EU zu öffnen. Sie hätten durch die Abkommen also nichts zu gewinnen und viel zu verlieren.

## EPAs – ab in die Armut

Die EPAs sind Verträge zwischen extrem ungleichen Staaten. Das Bruttoinlandsprodukt der EU beträgt 18 Billionen Dollar, das aller afrikanischen Staaten zusammen nicht einmal zweiein-

halb. Die beiderseitige Marktöffnung versetzt die afrikanischen (Wirtschafts-) Partner in eine deutlich benachteiligte Situation, da ihre Wirtschaft der Konkurrenz aus der EU in der Regel nicht gewachsen ist. Dazu kommt, dass die EPAs auf Druck der EU einen sehr weitgehenden Abbau von Zöllen verlangen, die bisher von den Ländern des Südens zum Schutz ihrer Wirtschaft erhoben wurden. Noch wichtiger sind die Exportsteuern, mit denen ein Anreiz geschaffen wurde, Rohstoffe in Afrika zu verarbeiten und so einen größeren Teil der Wertschöpfung im jeweiligen Land zu halten. An deren Ausbeutung haben die europäischen Staaten großes Interesse. Zölle und Steuern machten oft einen bedeutenden Anteil an den gesamten Staatseinnahmen aus. Die partiell bestehenden Produktionszweige für Medikamente, Fahrzeuge und Druckerzeugnisse können der europäischen Konkurrenz nicht standhalten.

Die EU hat zwar zugesagt, die Einnahmeverluste durch erhöhte Entwicklungshilfegelder teilweise auszugleichen, aber die Beträge liegen weit unter dem bisherigen Zollaufkommen. Allein für Kenia werden die Verluste auf jährlich 742 Millionen US-Dollar geschätzt, für Tansania auf 940, für Uganda auf 597 und für Burundi auf 24 Millionen. Die Staaten haben ohnehin große Schwierigkeiten, ausreichende Investitionen in Bildung, Gesundheit und Infrastruktur zu finanzieren. Mit den EPAs werden die Probleme noch größer. Die Marktöffnung zerstört lokal erfolgreiche Produktionszweige, sie liefert vor allem die Agrarmärkte und damit die Ernährungssicherheit den Agrokonzernen der Industrieländer aus. Bäuer\*innen, Fischer\*innen und Geflügelzüchter\*innen verlieren ihre Existenz. In Kenia sind 600.000 Milchbäuer\*innen durch den Import europäischer Milchprodukte bedroht, was bisher durch Zölle abgewendet werden konnte. Das ist mit den EPAs nicht mehr möglich.

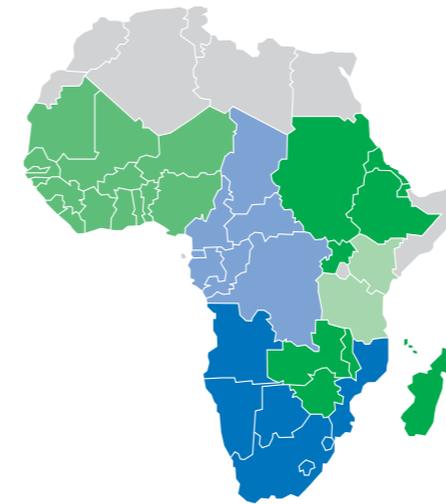
Besonders in der Landwirtschaft herrscht das Prinzip des zweierlei Maßes. Die afrikanischen Partner sind gezwungen, Schutzzölle abzubauen, die EU sichert sich weitere Marktvorteile. Von den mit mehr als 41 Milliarden Euro Steuergeldern subventionierten Agrarprodukten profitieren ausschließlich globale Großunternehmen und der Handel. Damit können die lokalen Akteure nicht mithalten und geben auf. Das verstärkt nochmals die bereits bestehende Unterernährung. Und die lokalen Bäuer\*innen flüchten auf der Suche nach einer Existenz-

grundlage nach Europa. In der EU heißt es dann zynisch, das seien alles »Wirtschaftsflüchtlinge«, denen keine Aufnahme zu gewähren sei.

## EPAs – eine andere Form von Kolonialismus

Die Ungleichheit wird nochmals verstärkt, indem die EU sich weigert, mit allen afrikanischen Ländern gleichzeitig zu verhandeln. Stattdessen wurden sie in fünf Gruppen eingeteilt. Das ist besonders für die südafrikanischen Staaten ein Problem, da nur sechs der 15 Mitgliedsländer der Südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft der EPA-Gruppe angehören. Die ande-

EPAs-Ländergruppen in Afrika



**West-Afrika:** Benin, Burkina Faso, Elfenbeinküste, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Kap Verde, Liberia, Mali, Mauretanien, Niger, Nigeria, Senegal, Sierra Leone, Togo

**Südliches Afrika (SADC):** Angola, Botswana, Lesotho, Masambik, Namibia, Südafrika, Swasiland

**Ostafrika (EAC):** Burundi, Kenia, Ruanda, Tansania, Uganda

**Südost-Afrika (ESA):** Äthiopien, Dschibuti, Eritrea, Komoren, Madagaskar, Malawi, Mauritius, Sambia, Seychellen, Simbabwe, Sudan

**Zentral-Afrika:** Äquatorialguinea, Gabun, Kamerun, Dem. Rep. Kongo, Kongo, São Tomé und Príncipe, Tschad, Zentralafrikanische Republik

ren wurden teilweise in eine eigene Gruppe gepackt (Süd- und Ostafrika) oder anderen Gruppen zugeschlagen. Die regionalen Integrationsbemühungen werden auf diese Weise empfindlich gestört.

Die bisherigen Regelungen erlaubten es den AKP-Staaten, mit strategischen Partnern wie China oder Brasilien asymmetrische Handelsbeziehungen einzugehen. Diese Möglichkeit ist mit der nun verpflichtenden Anwendung der Meistbegünstigungsklausel verloren. Diese verlangt, dass ein Land alle Handelsvorteile allen Partnern gewähren muss, die es einem einzigen gewährt. Die EU verlangt unmittelbar nach Inkrafttreten der EPAs Verhandlungen über weitere umstrittene Liberalisierungen; die meisten Staaten haben sich dazu verpflichtet.

Die unterschiedliche Behandlung von LDC- und MDC-Ländern führt zu weiteren Widersprüchen. Insgesamt wickeln die AKP-Staaten fast ein Viertel ihres gesamten Außenhandels mit der EU ab, während umgekehrt nur etwa drei Prozent der EU-Exporte dorthin gehen. Für einige MDC, zum Beispiel Kenia, ist der Handel mit der EU von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung. So hätte Kenia, das wirtschaftsstärkste der fünf zur ostafrikanischen Gruppe gehörenden Länder, seine europäischen Exportmärkte für Blumen, Kaffee, Ananas und Tee verlieren können, aber auch regionale Märkte in den anderen Ländern der Gruppe. Diese gehören zwar zu den LDC-Staaten, könnten also »alles außer Waffen« für den Export nutzen, aber die EU hatte angekündigt, dass sie ohne EPA genau kontrollieren werde, ob die Waren auch aus diesen Ländern stammen oder im Rahmen des ostafrikanischen Marktes nicht ursprünglich von Kenia geliefert wurden.

Kenia hat lange das ostafrikanische EPA blockiert. Als die EU den bis dahin gewährten zollfreien Zugang für Blumen und Bohnen strich, knickte die Regierung ein: Zu stark war der Druck der mächtigen Exportbetriebe. Ende 2016 wurden die europäischen Strafzölle aufgehoben. Einige Betriebe haben sich allerdings bis heute nicht erholt, anderen steht noch einiges bevor. Denn das EPA sieht vor, dass Kenia noch ein Fünftel seiner im- und exportierten Waren kontrollieren darf. Für den Rest gilt Warenverkehrsfreiheit in beide Richtungen.

Etwa zehn Jahre lang haben sich die afrikanischen Partner gegen die EPAs zur Wehr gesetzt, jetzt sind die ersten Verträge unterschrieben. Es ist ein Flickenteppich unterschiedlich-